

Es arbeiteten in der Berichtswoche des September wöchentlich verkürzt um:

1-8	Std. in 73 Betr. m.	237 m. u.	1713 w. Perf.
9-10	" " 33	" " 185	" " 430
17-24	" " 33	" " 368	" " 799
25 u. mehr	" " 8	" " 73	" " 83

Insgesamt 142 Betr. m. 833 m. u. 8064 w. Perf.

Insgesamt arbeiteten verkürzt im:

Monat	Orte	Betriebe	männl.	weibl.	zusammen
1920					
September	91	533	3 891	10 143	14 034
Oktober	56	436	3 759	8 576	12 335
November	50	288	2 110	5 020	7 130
Dezember	64	343	2 841	5 784	8 625
1921					
Januar	55	288	2 815	4 083	6 898
Februar	56	257	2 752	4 580	7 292
März	53	366	2 798	5 694	8 492
April	68	258	3 100	5 068	8 226
Mai	55	377	3 642	6 749	10 401
Juni	48	318	3 190	6 044	9 234
Juli	45	303	3 114	6 386	9 500
August	29	198	1 878	4 489	6 367
September	24	142	884	3 094	3 948

Leider hat auch in diesem Monat Berlin mit seinen 15 200 Mitgliedern keine Angaben über Kurzarbeit gemacht, daher haben die obigen Zahlen nur relativen Wert.

Die Berichterstattung war wohl im großen und ganzen eine ziemlich zufriedenstellende, doch fehlten immerhin noch dreimaliger Mahnung folgende neun Jahrestitel mit 740 Mitgliedern: Goldberg, Lübeck, Ahlstedt, Arnstadt, Osterhofen, Weisensfeld, Kaiserlautern, Osnabrück und Gotha; während von Braunschweig die Karte erst so spät einging, daß sie keine Verwendung mehr finden konnte. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die örtlichen Verwaltungen ihre Berichterstattung mehr als bisher an ihre Pflicht erinnern. mk.

Aus unserem Beruf.

Geschäftsergebnisse.

Die Jagenbergwerke in Düsseldorf (Spezialfabrik für Buchbindereimaschinen) erzielte 1920/21 nach 906 289 Mt. Abschreibungen einschließlich 105 757 Mt. Vortrag 2 279 284 Mt. Reingewinn, woraus 20 v. H. Dividende und 100 Mt. Sondervergütung verteilt, sowie 466 241 Mt. vorgetragen werden. Vorher sind 1 Million Mark einem Werterhaltungskonto und 1 Million Mark einer Sonderumlage zugewiesen worden. Der Auftragsbestand sichere für einige Monate Beschäftigung.

Die chromolithographische Kunstanstalt Hugelberg in Berlin erzielte einen Ueberschuß von 1 187 770,51 Mt., nachdem bereits 408 480 Mt. für Abschreibungen und 600 000 Mt. für einen Werterhaltungsfonds abgesetzt waren. Vom Ueberschuß sollen verwendet werden 116 000 Mt. an den Reservefonds, 15 Proz. Dividende (480 000 Mt.), Tankernen an Vorstand, Aufsichtsrat und Beamte 129 000 Mt., Rückstellung für Körperschaftsteuer 300 000 Mt., an die Arbeiter-Stiftung überwiesen 96 000 Mt. und als Vortrag für neue Rechnung 67 000 Mt.

Die lithographisch-artistische Anstalt Dypacher in München zählt 10 Proz. Dividende. Außerdem gibt sie eine Nachvergütung für den Dividendenausfall während der Kriegsjahre von gleichfalls 10 Proz.

Die chromolithographische Kunstanstalt in München zählt 8 Proz. Dividende und gibt außerdem noch für die beiden letzten dividendenlos gebliebenen Geschäftsjahre je 7 Proz. nach.

Bücherproduktion in Deutschland.

Im Jahre 1920 erschienen in Deutschland 32 345 Bücher gegen 26 194 im Jahre 1919. Damit ist beinahe wieder der Zahl nach die Friedensproduktion erreicht. Zurück gingen nur Rechts- und Staatswissenschaft, Kriegswissenschaft und Kunst, Musik, Theater. Es stiegen die Zahlen für Theologie, Heilwissenschaft, Sprach- und Literaturwissenschaft, Geschichte, Handel und Gewerbe und Jugendchriften. Dem Umfang nach blieben die Neuerscheinungen noch stark hinter der früheren Erzeugung zurück.

Ueber russische Druck- und Einbandaufträge

berichtete die „Industrie- und Handelszeitung“ u. a. das Folgende:

Bei dem großen tatsächlichen und unausschießbaren Bedarf, der für Lehr- und wissenschaftlich-populäre Bücher in Rußland besteht, wie auch aus Erwägungen ökonomischen Charakters kann die Sowjetregierung die Wiederherstellung des graphischen Gewerbes in Rußland nicht abwarten, sondern

sie muß zu Bücherbestellungen im Auslande ihre Zuflucht nehmen. Zu diesem Zwecke hat der Oberste Volkswirtschaftsrat bei seiner Auslandssektion in Berlin eine der Sowjethandelsvertretung untergeordnete besondere Verlagsabteilung geschaffen, auf deren Verantwortung in Deutschland Bücher für Rußland gedruckt und gebunden worden sind. Angesichts seines erfolgreichen Arbeitens ist dieser Verlag beauftragt worden, eine ganze Reihe von Büchern, hauptsächlich Lehrbücher und populär-wissenschaftliche Werke drucken zu lassen. Insgesamt sind an deutsche Druckereien bis jetzt (in der Zwischenzeit haben sich die folgenden Summen erhöht. D. R.) Bücherbestellungen im Betrage von 2 674 332,65 Mt. ergangen. Außerdem wird eine große Anzahl von Büchern für den Druck vorbereitet. Von den Büchern, die der Staatsverlag in Auftrag gegeben hat, befinden sich schon 43 Lehr- und populär-wissenschaftliche Werke in deutschen Druckereien im Druck. Davon 6 Bücher mit Auflagen von je 10 000, 2 Bücher mit je 20 000, 5 Bücher mit je 20 000, 2 Bücher mit je 25 000, 1 Buch mit 27 000, 23 Bücher mit je 50 000; außerdem 3 Bücher mit je 100 000 und 1 Buch mit 200 000 Auflage. Bisher sind von dem Russischen Staatsverlag, der seine Arbeit in Deutschland im März d. J. begonnen hat, an deutsche Firmen Bestellungen im Betrage von 6 572 278,80 Mt., mit den Bestellungen des Wissenschaftlich-Technischen Verlages insgesamt im Betrage von 9 246 606,45 Mt. ergangen.

Wer ist ein Bücherfreund?

„Wir verstehen unter einem Bücherfreund nicht nur einen Menschen, der gern Bücher liest und besitzt, sondern verbindet damit den Begriff des Sammlers, der im Besitz von Büchern ein geistiges Bedürfnis und eine ästhetische Reizung befriedigt. Daß man auch von Büchnern spricht, beweist, wie leicht das Bücherfammeln zu einer bloßen Sucht werden kann. Nennt man einen Büchnernarren den, der Bücher nur nach rein äußerlichen Merkmalen systematisch erwirbt — sei es, daß er möglichst alle Bucherscheinungen eines bestimmten Wissensgebietes anzuhäufen bestrebt ist, ohne je einen Blick in die Bücher zu tun, sei es, daß ihm die Zeit der Erscheinung, die Größe oder der Umfang der Buchausgaben das allein Wichtige ist —, so wird man den Ehrentitel des Bücherfreundes demjenigen zugestehen, dessen Liebe und Verständnis dem Geisteswert gilt, und der gleichzeitig darauf sieht, daß dieses in einer würdigen Form sich ihm darbietet. So ist ein Bücherfreund der, dem es unerträglich ist, Bücher, die er liebt und schätzt, in einem unwürdigen und unpassenden Gewand zu besitzen.“

Die Ausstellung des Jakob Krause-Bundes gilt der Kunst des Bucheinbandes. Ihr Schwergewicht liegt darin, zu beweisen, daß die deutschen Buchbinder es verstehen, aus dem Buchgewande eine technische und künstlerische Einheit zu gestalten, die sich aus dem Inhalt des Buches ergibt. Daß in der Ausstellung aber auch Beispiele einfacher Einbandarten und spärlich verzierte Einbände gezeigt werden, beweist, daß auch mit schlichten Mitteln das Kleid des Buches ein würdiges sein kann.

Es muß für alle ästhetisch empfindenden Menschen eine Selbstverständlichkeit sein, daß niemand ein Bücherfreund ist, der nicht das Bestreben hat, seinem Buchbesitz eine möglichst dauerhafte und schöne Hülle geben zu lassen. Solche Hülle ist nicht nur diejenige, bei der die kunstgewerbliche Arbeit des Buchbinders ihre Triumphe feiert, sondern auch ein buntes Papier, ob für sich, ob vereinigt mit schickendem Leder oder Pergament, macht einen Bucheinband zu dem eines Bücherfreundes, wenn nur der gute Geschmack an guter Handwerksarbeit zur Geltung kommt.“

E. Collin im Katalog zur Ausstellung „Deutsche Einbandkunst“.

Berichte.

Leipzig. Ein recht sonderbares Verhalten legte der Inhaber der Firma Koss, Senf u. Co. gegenüber einem jetzt ausgemerkten Lehrling an den Tag. Der junge Mann hatte das Unglück, seinen Vater durch den Krieg zu verlieren. In der letzten Not wandte sich die Mutter des Lehrlings einige Male an diesen Unternehmer mit der Bitte um ein Darlehen. Nicht nur, daß der Unternehmer dem Lehrling von seinem fargen Kostgeld nach und nach einen Teil des Darlehens abgab, sondern der Unternehmer warf den Lehrling nach Beendigung seiner Lehrzeit sofort auf die Straße, der Mutter aber übermittelte er folgendes Schreiben:

„Von den Ihnen verschiedentlich gewährten Darlehen haben Sie das letzte mit 250 Mt. am 9. April d. J. empfangen, wovon durch Kürzung des Lohnes Ihres Sohnes 141 Mt. zurückgezahlt wurden. Da wir nun aber Ihren Sohn wegen seines fortgesetzten und noch in den letzten Tagen erfolgten unartigen Benehmens heute entlassen, ersuchen wir Sie, uns den uns noch zukommenden Restbetrag von 109 Mt.,

wofür Sie uns Ihre sämtlichen Möbel verpfändeten, bis zum 5. Oktober an uns abzuführen.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ sagt dazu: Ueber das unartige Benehmen ist die Belegschaft anderer Auffassung. Wir empfehlen den Eltern, ihre schulentlassenen Söhne in dieses Eldorado nicht in die Lehre zu schicken.

Reichenbach i. B. Eine Versammlung der hiesigen Mitglieder unseres Verbandes beschloß die Gründung einer selbständigen Zahlstelle. Nach einem Vortrage des Kollegen Miering-Cherniow wurde der Zahlstellenvorstand gewählt. Als 1. Vorsitzender ist tätig Kollege Böcher, als 2. Köhler, als Kassierer Hagedorn, als Schriftführer Drehsel, als Revisoren Hüppel und Gerlach und als Beisitzer Ficker und Kollegin Bader-Schneider. Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß es auch hier in Reichenbach vorwärts geht. Wir werden uns bemühen, alle uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zu uns zu bringen.

Saarbrücken. Anfolge Amtsniederlegung des seitherigen Vorsitzenden sah sich der Vorstand der Zahlstelle gezwungen, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen zwecks Neuwahl eines neuen Vorsitzenden. Die Versammlung war sehr gut besucht. Von allen Kollegen wurde der Rücktritt unseres Kollegen Zielinski bedauert. Für seine aufopfernde Tätigkeit, besonders bei den letzten Lohnbewegungen, wurde ihm der Dank der Zahlstelle ausgesprochen. Nach längerer Debatte wurde Kollege Pisch, welcher auch schon das Amt eines Kreisratsdelegierten bekleidet, einstimmig zum 1. Bevollmächtigten gewählt. Zum Punkt „Erhöhung des Lokalbeitrages“ wurde einstimmig der Beschluß der letzten Mitglieder-versammlung, wonach der Lokalbeitrag ab 45. Woche für männliche Mitglieder 2 Mt., für weibliche 1 Mt. beträgt, gutgeheißen. In der Debatte wurde hauptsächlich die grenzenlose Interessenslosigkeit vieler Kollegen und Kolleginnen getadelt, ferner der schlechte Besuch der Versammlungen, da viele nur dann zu sehen sind, wenn es Lohnerbhöhung geben soll. Es geht auch nicht an, daß immer ein und dieselben die ganze Arbeit machen und der Vorstand an den Versammlungsabenden vor leeren Stühlen sitzt. Alle Anwesenden der Generalversammlung waren sich einig, daß das nicht so weiter gehen kann, sondern daß jeder Kollege mitwirken muß, das Interesse am Verbands-wachzuhalten. Daß wir nur durch treues Zusammenhalten und volle Einigkeit unsere Ziele erreichen und kommende Lohnbewegungen, welchen gerade wir hier im Saargebiet ausgesetzt sind, einigermaßen gut überstehen, dessen sollte sich jedes Mitglied bewußt sein. Mit dem Wunsch, daß auch alle folgenden Versammlungen gut besucht seien, schloß der neue Vorsitzende die Versammlung.

Rundschau.

Zur Hilfsaktion für Oppau folgende gemeinsame Stellungnahme beschlossen:

Die erschütternde Katastrophe von Oppau, hervorgerufen durch die Entzündung bedeutender Massen explosibler Stoffe in unmittelbarer Nähe einer Ortschaft und inmitten Tausender von Beschäftigten, weist gebieterisch auf die Notwendigkeit des sofortigen Eingreifens der Gesetzgebung hin. Einmal müssen die durch die Katastrophe als völlig unzulänglich erwiesenen Unfallverhütungsvorschriften einer grundlegenden Nachprüfung unterzogen werden, unbeschadet der mit allem Nachdruck durchzuführen den Ermittlung über schuldhaft oder fahrlässige Verhältnisse. Die bestehenden, völlig ungenügenden Unfallschadensbestimmungen, und zwar sowohl an Sach- wie an Leibschäden, machen die sofortige Inangriffnahme einer Reform des geltenden Rechts, insbesondere der Unfallversicherung der Reichsversicherungsordnung notwendig.

Zur sofortigen Linderung der entstandenen Notlage ist durch Reichsgesetz zu bestimmen, daß eine der Geldentwertung Rechnung tragende Entschädigung der von dem Unglück Betroffenen oder ihrer Hinterbliebenen zu zahlen ist. Bis zur endgültigen Festsetzung der Entschädigungssummen sind Anzahlungen in angemessener Höhe zu leisten. Zur Deckung der zu leistenden Entschädigungssummen sind die mit dem Oppauer Wert verbundenen Industriefongieren in stärkstem Maße heranzuziehen.

Zu dem Hilfswerk für Oppau äußert sich der Bundesvorstand des ADGB in der Nr. 3 der Bundesmitteilungen für die Ortsauschüsse wie folgt:

„Die gewaltigen Summen, die zur Wiederherstellung des Wertes erforderlich sind, hat in erster Linie die Wertstellung selbst zu beschaffen, und darüber hinaus besteht für sie auch die Verpflichtung, mit allen Kräften für die Opfer der Katastrophe einzustehen. Bei der Größe des Unglücks kann diese Hilfe aber nicht genügen. Es gilt deshalb, die erforderlichen Mittel durch eine umfassende Hilfstätigkeit der

Allgemeinheit aufzubringen. Die Arbeiterschaft, als der am schwersten betroffene Teil, wird bei diesem Hilfswert nicht zurückstehen. Verschiedene Aufschriften aus dem Reiche zeigen, daß einzelne Ortsausschüsse bereits Sammlungen ausgeführt haben, und der Ortsausschuß Ludwigschafen fordert in einem an alle Ortsausschüsse gelangenden Aufruf zur Beteiligung an einem freigewerkschaftlichen Hilfswert auf.

Zur Förderung des Hilfswertes fühlen auch wir uns verpflichtet. Dringend gebeten scheint uns aber, gerade bei diesem Hilfswert jede Zersplitterung zu vermeiden. Unter Führung der Reichsregierung und Beteiligung der badischen, bayerischen und hessischen Landesregierungen ist bereits ein Reichshilfsausschuß für O p p a u ausgebildet worden, dem neben anderen Organisationen auch die Spitzenverbände der Arbeiter- und Angestelltenverbände angehören. Der Vorstand des A. D. G. wird in diesem Reichsausschuß durch den Genossen Knoll vertreten.

Um in großartiger Weise Hilfe zu bringen, erheben wir alle Ortsausschüsse, dem Aufrufe des Reichshilfsausschusses im weitesten Maße zu entsprechen und alle zur Hilfeleistung eingehenden Gesandten der örtlichen Zentralstelle des Reichshilfsausschusses zuzuführen oder, sofern eine derartige örtliche Zentralstelle durch die Ortsbehörde nicht eingerichtet ist, die Beträge direkt auf die Postkonten des Reichshilfsausschusses für Opp.: Ludwigschafen Nr. 15 000, Frankfurt a. M. Nr. 55 000 oder Berlin Nr. 11 700 zu überweisen. Es ist Vorzuzugewiesen, daß genau wie beim Reichshilfsausschuß auch in den öffentlichen Hilfsstellen der betroffenen Länder die Vertreter unserer Gewerkschaften zur einflußreichen Mitwirkung zugezogen werden.

Ueber die Riesengewinne der Unternehmer beim jetzigen Stande der Markt sagt die „Leipziger Volkszeitung“ unter anderem das folgende: Der Weizen der Unternehmer blüht. Die Preise aller Produkte steigen automatisch mit jedem Sturz der Valuta. Dagegen passen sich die Arbeitslöhne, die Gehälter der Angestellten und Beamten den veränderten Preisen nur allmählich an. Die Unternehmer bekommen für die exportierten Waren Weltmarktpreise oder annähernd dieselben. Für eine Warenmenge, für die sie vor wenigen Wochen beim Export 100 Dollars oder damals 7000 Mt. erzielten, erhalten sie heute infolge des Sinkens der deutschen Valuta bei gleichen Preisen 14 000 Mt. Ohne daß die Produktionskosten kaum nennenswert gestiegen sind, bekommen sie heute 7000 Mt. mehr, verdienen aber auch 7000 Mt. mehr. Und da es sich bei den Exporten um Millionen- und Milliardenaufträge handelt, kann man ermeslen, welche riesenhafte Gewinne die Unternehmer gegenwärtig einheimen.

Die gleiche Sachlage herrschte vor etwa zwei Jahren, als der allseits bekannte Ausverkauf infolge der schlechten deutschen Valuta in voller Blüte stand. Um die damaligen hohen Valutagewinne nicht ausschließlich in die Taschen der Exporteure fließen zu lassen, sondern sie teilweise der Allgemeinheit zuzuführen, wurde die sogenannte soziale Ausfuhrabgabe eingeführt. Aber die Durchführung dieser Abgabe verzögerte sich bzw. wurde aus leicht ersichtlichen Gründen verzögert bis zum Frühjahr 1920. Mittlerweile hatte sich der Markkurs gebessert und auf Betreiben der Exporteure wurde die ursprünglich zwischen 2 und 10 Proz. festgesetzte Ausfuhrabgabe zum Teil ganz aufgehoben, zum Teil wesentlich ermäßigt, so daß sie sich auf höchstens 4 Proz. stellte, im Durchschnitt aber nicht mehr als 2 Proz. betrug. Nachdem durch den neuerlichen scharfen Sturz der Markt die Exportgewinne sich in letzter Zeit wieder ganz außerordentlich gehoben haben, war es eine unbedingte Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit, das noch immer bestehende, aber in seiner praktischen Bedeutung durch die Ermäßigungen der Sätze stark herabgeminderte Entem der Ausfuhrabgaben neuerdings wieder den Zeitverhältnissen entsprechend auszubauen.

Nichts einleuchtender als das. Und man sollte meinen, daß die Industrie, die sich doch sonst so waterländisch und national gebärden, gerne bereit wäre, von ihren Milliardengewinnen, die sie gegenwärtig durch den neuerlichen Ausverkauf Deutschlands verdient, wenigstens einen Teil auf dem Altar des bedrängten Waterlands zu opfern. Aber weit entfernt davon. Doch hören wir, was der bürgerliche Finanzwirtschaftler Dr. F. P. (Pinner) im „Berliner Tageblatt“ darüber schreibt:

In der Mittwochssitzung des Ausfuhrabgabenausschusses des Reichswirtschaftsrats hatte die Regierung den Antrag vorgelegt, die Sätze der Abgaben um durchschnittlich 4 Proz. der Fakturensummen zu erhöhen, wobei sich als Höchstsätze etwa 6 Proz. der Fakturensummen ergeben würden, also geringere Sätze, als jene, die bei der Einführung der Ausfuhrabgaben festgesetzt worden waren. Diese Forderungen der Regierung müssen als höchst bescheiden angesehen werden, als zu be-

scheiden, wenn man die Höhe der jetzt möglichen Valutagewinne berücksichtigt, und wenn man auf der anderen Seite sich vor Augen hält, daß das Deutsche Reich durch das Ultimatum der Entente gezwungen ist, 26 Proz. von jeder Ausfuhr als variablen Zuschlag zu den festen Reparationszahlungen zu entrichten. Eine Regelung der Art, daß von diesen 26 Proz. 20 Proz. durch die Gesamtheit der Steuerzahler, also auch durch die von der jetzigen Valuten- und Preisentwicklung schwer geschädigten Konsumenten aufgebracht werden sollen, während die Exportgewerbe als Nutznießer der Valutenentwicklung höchstens 6 Proz. auf sich nehmen sollen, muß als höchst unbefriedigend betrachtet werden und kann lediglich als ein Anfang in Betracht kommen. Man hätte nun meinen sollen, daß die Exportgewerbe sich ohne Widerstreben dieser für sie außerordentlich günstigen Regelung fügen würden. Aber die Ausnahme, die der Regierungsantrag bei den Unternehmervertretern des Ausführabgabenausschusses des Reichswirtschaftsrats gefunden hat, läßt auf das völlige Gegenteil schließen. Von den meisten Vertretern der Unternehmer wurde mit Heftigkeit gegen die Wiedererhöhung der Ausfuhrabgaben protestiert und die unverständliche Forderung aufgestellt, daß man diese Frage auch unter den veränderten Umständen ruhen lassen sollte.

Also auch unter den veränderten Verhältnissen protestieren die Vertreter der Industrie gegen die Erhöhung der Ausfuhrabgabe und verlangen, daß man diese Frage ruhen lasse, weil sie von den Millionen, die ihnen täglich zufließen, auch nicht einen Pfennig opfern wollen!

Die Arbeitslosen des Internationalen Gewerkschaftsbundes. In Berlin haben zwischen dem Vertreter des russischen Roten Kreuzes Wiktor Kopp, dem Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Timmen und dem zweiten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Grafmann Besprechungen über die von dem Internationalen Gewerkschaftsbund und den ihm angehörenden Gewerkschaften eingeleitete Hilfsaktion für die notleidende russische Bevölkerung stattgefunden. Auf Grund dieser Besprechungen hat der Internationale Gewerkschaftsbund beschlossen, die Hilfsaktion in der Weise durchzuführen, daß mit den gesammelten Geldern die Entsendung von Medizin, von Ärzten und sanitärem Hilfspersonal, sowie die Gründung von Kinderheimen in Sowjetrußland ermöglicht werden soll. Der Internationale Gewerkschaftsbund betont dabei, daß er seine Hilfe ohne politische und wirtschaftliche Bedingungen zur Verfügung stelle, und daß alle widersprechenden Gerüchte jeglicher Grundlage entbehren. Um seine Hilfe möglichst wirkungsvoll zu gestalten, verlangt er von der russischen Sowjetregierung den Abschluß eines Uebereinkommens, das dieselben Bestimmungen enthält, wie das im Namen der Kommission zur Bekämpfung der Hungersnot mit dem Vertreter des deutschen Roten Kreuzes in Moskau getroffene Uebereinkommen.

Abrechnungen

vom 3. Quartal sind bis zum 17. Oktober bei der Verbandskasse eingegangen von:
 Eprembreg 700.— Mt., Bau Hansa 8000.— Mt., Hamburg-Altona 42 322,80 Mt., Wismar 1500.— Mt., Südschlesien 1000.— Mt., Wesel 800.— Mt., Wiesdorf 3000.— Mt., Juida 235,50 Mt., Randel 1981,40 Mt., Kirchheimbolanden 1300.— Mt., Altenburg 1309,85 Mt., Eisenach 850.— Mt., Eisenberg 4500.— Mt., Gehren 500.— Mt., Gößnitz 695,90 Mt., Gräfenhain 1625,55 Mt., Reburg 500.— Mt., Langensalza 1000.— Mt., Rudolstadt 200.— Mt., Saalfeld 674,60 Mt., Schmalko 1500.— Mt., Weimar 750 Mt., Ralschau 498,50 Mt., Würzen 9000.— Mt., Boll 3000.— Mt.
 (NB. Die nach dem 1. Oktober abgefallenen Beträge kommen erst in der Abrechnung vom 4. Quartal zur Verrechnung.) Fr. Lender.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
 Königsberg i. Pr. B.: Th. Steinfeld, Sachheim Nr. 123 III; K.: Th. Rode, Vittauer Wall 8 ptr.
 Ludwigsburg. B. und K.: W. Schwab, Hohenzollernstr. 7 III.
 Saarbrücken. B.: Pij. Dudweiler-Saar, Schwälmlenstr. 14; K.: F. Drafe, Saarbrücken 3, Scheidterstraße 12.

Literarisches.

Die Sozialisierung des Wohnungswezens wird jetzt in den Kreisen der Gewerkschaften und Mieter lebhaft erörtert. Gerade erscheinen auch in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Richtlinien für die gemeinshaftliche Regelung des Wohnungswezens, die in einer ausführlichen Be-

gründung für die Notwendigkeit der Vergesellschaftung des Wohnungswezens auch für diejenigen, die ihr ablehnend gegenüberstehen, wertvolles Material bringen. Durch Reichsgesetz wird die Bildung von Wiltichtgenossenschaften, sogenannter Hauschaften verlangt, in denen 500 bis höchstens 1000 Wohnungen und auch Gewerberäume zusammengefaßt werden. Die Hauschaften einer Stadt bilden zusammen den Wohnungsverband, ebenfalls eine Selbstverwaltungskörperschaft. Das Eigentum in den Häusern, soweit es nicht kleine Eigenhäuser sind, geht gegen angemessene Entschädigung auf die Hauschaften über. Den Wohnungsverbänden liegt die Regelung der Neubaupflichtigkeit ob: Verwaltung und Unterhaltung des alten und Erstellung des neuen Wohnbestandes liegen also in den Händen der ja doch die Mittel aufbringenden Mieter, die ihre Vertretung in der Generalversammlung, dem Aufsichtsrat und den Geschäftsführern der Hauschaften und Wohnungsverbände haben und die bei dem Wohnungsverband mit einem kleinen Geschäftsanteil beteiligt sein müssen. Mit diesem Geschäftsanteil, den auch Jugendliche und andere Erwerbsfähige ohne eigene Wohnung einsparen müssen, ist aber ein Anspruch auf eine Wohnung verbunden, der in einer bestimmten Reihe von Jahren befriedigt werden muß. Ohne in die Hoheitsrechte der politischen Körperschaften einzugreifen, baut sich die vorgesehene Selbstverwaltung der Mieter dann nach oben im Provinzial- oder Landesverband, schließlich im Reichswohnungsverband auf.

Eine restlose Beteiligung all der vielen Mifstände im Wohnungswezen und eine beschleunigte und systematische Behebung der Wohnungsnot unter geordneter Heranziehung der Bewohner der vorhandenen Häuser zu den Kosten wird nachzuweisen versucht und jedenfalls wirkungsvoll zur Diskussion gestellt.

Die 84 Seiten starke, mit Abbildungen versehene Broschüre kostet 7 Mt. Gewerkschaftsmitglieder erhalten sie zur Hälfte des angegebenen Ladenpreises durch die örtlichen Kartelle.

Stuismacher
 auf Schmutzstiefeln, Etalagen etc.
 Rentier für dauernd neuzeitlich
Buchbinder zum Selberdrucken und Verarbeiten.
 Feinar. Otto Müller
 Magdeburg-Cracan.

Buchbinderei
 mit 8 Maschinen, schönem Arbeitsraum, Zentrum Berlins gelegen, preisw. zu verkaufen. Näheres unter „S. 2. 54.“ durch die Expedition dieser Zeitung.

Prämia-Gurichtung
 zur Herstellung von Plakaten in verblissenen vielen Farben, gute Erleuchtung für Buchbinder, Drucker, Vergolder; sehr einfaches Verfahren, verkauft und gibt Anweisung um „S. 5. 33.“ durch die Expedition dieser Ztg.

Zwei tüchtige
Stuismacher
 zu möglichst sofortigem Eintritt nach auswärts gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt.
 Offerten unter „S. 2. 67.“ an die Exped. d. Ztg. erbeten.

Kontobuch-arbeiter
 in Alford verlangen
Riesentabl. Zumpke & Co.
 G. m. b. H.
 Berlin, Holzmarktstr. 67.

Der neue Reichstarif für das Buchbindergewerbe
 mit dem **neuesten Lohnstarif**
 ist im Druck erschienen und durch alle Gau- und Ortsverwaltungen zu beziehen.
 Preis des Tarifs 1 Mark.
 Jedes Mitglied muß seinen Tarif haben, wenn es sich vor Schaden bewahren will.

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 44

Ersteinst. Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin O. 59, Urbanstr. 631. Fernruf: Mercur 8653.

Berlin, den 30. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Die 6 spaltene Kolonienzelle 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Verlammsanzeigen usw. 1 Mark. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

37. Jahrgang

Um unsere Mitglieder vor unnötigen Verlusten zu bewahren, ersuchen wir sie, ihre Beitragsmarken des öfteren daraufhin zu prüfen, daß sie fest im Mitgliedsbuch oder der Karte haften. Wo das nicht der Fall ist, klebe man sie nach.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Anstellung eines zweiten Beamten für den Gau Magdeburg. Das Anschwellen der laufenden Arbeiten im Gau und in der Zahlstelle Magdeburg macht die Anstellung eines zweiten Beamten für den Gau Magdeburg notwendig. Der neue Beamte würde sich im Gau in der Agitation zu betätigen haben und müßte im übrigen die Kassengeschäfte in der Zahlstelle Magdeburg führen. Mit Rücksicht auf die Agitation unter den vielen im Gau vorhandenen Arbeiterinnen in der Tütenindustrie würde möglichst eine weibliche Kraft in Frage kommen, es sollen deshalb aber männliche Bewerber nicht ausgeschlossen sein.

Die Anstellung erfolgt unter den in der Sitzung des Beirats vom 18. Februar d. J. beschlossenen und in Nr. 11 der „Buchbinder-Zeitung“ bekanntgegebenen Bedingungen. Zu den dort veröffentlichten Gehaltsfügen kommt eine Teuerungszulage von 450 Mk. hinzu.

Bewerber wollen selbstgeschriebene Bewerbung und Lebenslauf in drei Exemplaren ausgefertigt, spätestens bis zum 12. November an den Verbandsvorstand einreichen.

2. Die Sozialbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr wöchentlich in

	Männl. Mitgl.	Weibl. Mitgl.			
Jena	50 Pf.	30 Pf.			
Neuwied	50 Pf.	30 Pf.			
	Beitragsklasse				
	5	4	3	2	1
Kirchheimbolanden	50 Pf.	30 Pf.	25 Pf.	20 Pf.	—
Eiter	100 Pf.	100 Pf.	50 Pf.	50 Pf.	—
Wismar	50 Pf.	—	30 Pf.	—	—

Der Verbandsvorstand.

Sind wir gerüstet?

Vom 1. September ab wird von unserer Organisation ein Extrabeitrag in Höhe von 50 Pf. von den weiblichen und 1 Mk. von den männlichen Mitgliedern erhoben, dessen Ertrag zur Hebung der finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Verbandes bestimmt ist. Dadurch wird zweifellos auch eine nicht unwesentliche Stärkung der Verbandskasse zu erwarten sein, da der Extrabeitrag immerhin eine Mehreinnahme von wöchentlich etwa 40 bis 45 Tausend Mark bringen muß. Demgegenüber hat unser Verbandsvorstand jedoch zugleich auch eine Erhöhung der Streikunterstützung um rund 50 Proz. eintreten lassen, womit, da zurzeit in verschiedenen Orten Ausstände zu verzeichnen sind, sofort auch eine recht erhebliche Mehrausgabe eintritt, welche die erhöhten Einnahmen aus den Extrabeiträgen bereits jetzt schon wieder völlig aufzehren werden.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse gestalten sich nun aber noch immer schwieriger, und die ständig zunehmende Teuerung wirkt immer drückender auf die Lage der Arbeiterschaft, die sich ihre Existenzmöglich-

keit wieder nur durch weitere Lohnerhöhungen erhalten kann. Die Gegensätze zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unseres Berufes werden infolge des geringen Entgegenkommens der Unternehmer immer schärfer und müssen, wenn bei letzteren nicht doch noch ein besseres Verständnis für die Notwendigkeit der Forderungen der Arbeiterschaft eintritt, letzten Endes ganz unvermeidlich zu ernstern Lohnkämpfen führen. Dadurch müßten dann ganz außerordentlich hohe finanzielle Leistungen von der Organisation erfüllt werden, zu deren Durchführung die jetzt vorhandenen Mittel kaum ausreichen dürften.

Die fortschreitende Geldentwertung macht aber nicht nur die Lohnerhöhungen notwendig, sondern sie zwingt auch die Organisationen, auf eine ausreichende Erhöhung ihrer Einnahmen bedacht zu sein, um damit wenigstens zum Teil die eingetretene Entwertung ihrer Kassenbestände wieder auszugleichen. Weiter darf man auch nicht außer acht lassen, daß infolge der Teuerung auch die Verwaltungsausgaben und die Kosten der Zeitung die Organisation sehr stark belasten und zu deren Bestreitung weit höhere Beträge als früher erforderlich sind. Infolgedessen ist es notwendig, bei Zeiten dafür besorgt zu sein, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit der Organisation erhalten bleibt und rechtzeitig Vorkehrungen für die unbedingt nötigen erhöhten Einnahmen getroffen werden.

Das Vermögen unseres Verbandes beträgt zurzeit ohne die Bestände der Botalkassen etwa 4 1/2 Millionen. Das ist anscheinend eine recht große Summe, die jedoch infolge der eingetretenen Geldentwertung kaum einen realen Friedenswert von 300 000 Mk. darstellt. In der Vorkriegszeit hatten wir bei 33 000 Mitgliedern einen Vermögensbestand von rund einer Million Mark, oder pro Kopf 30,25 Mk. Jetzt kommen bei rund 80 000 Mitgliedern und 4 1/2 Millionen Mark Vermögen auf den Kopf durchschnittlich 56,25 Mk., was der Zahl nach wohl einer Besserung gleichsteht, bei dem so stark verminderten Geldwert jedoch fast nichts bedeutet, sondern mindestens ein Vermögensanteil von etwa 400 Mk. pro Kopf vorhanden sein müßte, um nur dem Bestand vom Jahre 1913 annähernd gleichzukommen. Jedes objektiv urteilende Mitglied wird daher zugeben müssen, daß, um nur den früheren Bestand wieder zu erreichen, die jetzige Beitragsleistung der Mitglieder trotz der Extrasteuer bei weitem nicht ausreichend ist. Eine weitere recht wesentliche Erhöhung der Beiträge ist daher unvermeidlich und sollte auch schnellstens durchgeführt werden.

Unser Verband war seit dem letzten Verbandstag im Jahre 1919 schon zum vierten Male genötigt, eine Erhöhung der Beitragsleistung vorzunehmen, die jedesmal durch die fortgeschrittenen Teuerungsvhältnisse bedingt war. Diese Notwendigkeit lag jedoch auch bei allen anderen Gewerkschaften in gleicher Weise vor und ist bei den meisten Verbänden die Steigerung des Beitragsfahes weit größer als bei uns. Einwände, daß jetzt nicht die geeignete Zeit für eine weitere Beitragserhöhung sei, oder daß die Kollegenschaft eine weitere Steigerung der Beiträge nicht tragen könne, dürfen uns nicht hindern, das jetzt unbedingt Notwendige auch durchzuführen, denn solche Einwände sind noch bei jedem derartigen Vorgehen erhoben worden und werden auch stets wiederkommen. Wenn für die Berufsangehörigen durch die Tätigkeit der Organisation bessere Lohnverhältnisse geschaffen werden sollen und wenn insbesondere im gegebenen

Fall es auch in größerem Umfange infolge zu geringer Zugeständnisse seitens der Unternehmer zu ernstern Konflikten kommt, dann sind diese nur mit Erfolg durchführbar, wenn die Organisation genügend Mittel zur Verfügung hat, um die Ausständigen ausreichend unterstützen zu können. Es geht nicht an, erst von der Organisation die Durchführung höherer Löhne zu verlangen, um dann hinterher höhere Beiträge in Aussicht zu stellen, sondern zunächst muß jeder einzelne durch weitestgehende Opferwilligkeit zur finanziellen Stärkung des Verbandes beitragen, bevor größere Ansprüche an diesen gestellt werden können.

Die Beitragsätze sind bei uns seit dem Jahre 1914 in Klasse 5 von 80 Pf. auf 4,50 Mk. und in Klasse 3 von 35 Pf. auf 2,20 Mk. einschließlich der Extrasteuer erhöht. Das entspricht einer Steigerung um etwa 482 bzw. 528 Proz. Demgegenüber haben die tariflichen Mindestlöhne in der gleichen Zeit eine Steigerung um etwa 1000 Proz. erfahren, oder anders ausgedrückt ergibt sich, daß im Jahre 1914 der Beitragsatz etwa 2 bis 2,5 Proz. des tariflichen Wochenverdienstes ausmachte, während sich jetzt der Beitrag kaum auf 1,5 Proz. des Tariflohnes stellt. Ein Beweis dafür, daß wir mit den Beiträgen noch sehr weit zurück sind und eine weitere Steigerung daher unbedingt erfolgen muß.

Die Durchführung dieser Beitragserhöhung darf auch nicht bis zu dem im Mai nächsten Jahres stattfindenden Verbandstag hinausgeschoben werden. Sondern in der heutigen schnelllebigen Zeit, wo sich gar nicht voraussehen läßt, welche tiefelngreifenden Ereignisse unser Wirtschaftsleben eventuell noch erschüttern werden und welche Rückwirkungen dadurch für unsere Berufsverhältnisse eintreten können, müssen alle einmal für notwendig anerkannten Maßnahmen auch auf dem schnellsten Wege zur Durchführung kommen. Die zuständigen Instanzen unseres Verbandes sollten daher sofort die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit spätestens zum 1. Januar nächsten Jahres eine weitere Erhöhung der Beiträge eintreten kann, so daß von da ab der Beitrag einschließlich Extrasteuer in den fünf Beitragsklassen der Reihe nach betragen könnte 1,50 Mk., 2,50 Mk., 3,50 Mk., 5 Mk. und 6,50 Mk.

Zum Kampfe muß man rüsten, so lange es noch Zeit dazu ist. Jetzt sind wir noch nicht genügend gerüstet. Es ist daher unbedingt notwendig, daß alle unsere Mitglieder die gegenwärtige Situation richtig erfassen und die von der Verbandsleitung zu treffenden Maßnahmen als richtig anerkennen.

Fr. Vr.

Unsere letzten Lohnverhandlungen mit dem „Abdel“ und die Unternehmerpresse.

Bei den letzten Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der deutschen Etuis- und Kartonagenindustrie beigewohnt und jetzt Gelegenheit hat, den vom Syndikus dieses Verbandes, Herrn Dr. Lemmer, verantwortlich gezeichneten Bericht über diese Verhandlungen in der Unternehmerpresse nachzulesen, der wird — gleich wie wir — recht erstaunt sein über die dort beliebte Form der Berichterstattung. Wir haben es seither immer vermieden, solche Berichte frühlich zu beleuchten, weil wir sehr wohl wissen, daß sie in der Mehrzahl der Fälle getragen sind von dem

Geist, dem der Berichtsteller dient. Allzu große Anforderungen an die Objektivität darf man dabei nicht stellen. Der Bericht des Herrn Dr. Lemmer aber zwingt doch zu einigen Worten der Entgegnung.

Herrn Dr. Lemmer hat es zunächst der etwas erweiterte Kreis unserer Vertreter angetan. Er glaubt, hierin eine Erschwerung der Verhandlungen sehen zu dürfen, da die Vertreter, die nicht zur ständigen Tarifkommission gehören, in ihrem Reden viel mehr ihre örtlichen Verhältnisse im Auge hatten und so immer wieder von den großen Gesichtspunkten, die bei der Schaffung eines Reichslohntarifs beachtet werden müssen, abzuweichen. Diese Feststellung entspricht nicht ganz den Tatsachen. Einmal war es nicht der Zweck des erweiterten Teilnehmerkreises, in erster Linie örtliche Verhältnisse in den Vordergrund zu schieben. Zum anderen ist das auch gar nicht in größerem Umfang als bei anderen Verhandlungen geschehen. Unsere Verbandsleitung ist sich des Ernstes der Situation, in der wir stehen, voll bewusst. Darum hat sie es für notwendig gehalten, den Kreis der Verhandlungsteilnehmer etwas auszuweiden. Und daß sich unsere neu hinzugezogenen Kollegen bei ihren Ausführungen in der Hauptsache auf Angaben von Tatsachen beschränkten, sich also im Gegensatz zur Annahme des Herrn Dr. Lemmer eine weise Mäßigung auferlegten, ist von unserem ständigen Tarifausschuß durchaus gebilligt worden. Nicht die Reden unserer Vertreter, sondern die besonders zum Beginn der Verhandlungen zu bemerkende völlige Zugeschnittenheit der Unternehmer zogen die Verhandlungen so sehr in die Länge.

Weiter fühlte sich Herr Dr. Lemmer zu der Feststellung berechtigt, daß die Vertreter unseres Verbandes „diesmal den Boden der Sachlichkeit und Geschäftsmäßigkeit infoloren verlassen hätten, als ihre Beweiseführung, mit der sie die derzeitige Wirtschaftslage erläuterten, bei weitem mehr agitatorisches Geschick als Sachlichkeit und Verständnis für die Wirtschaftslage verrieten.“ Wir wollen gern zugeben, daß es den Unternehmern nicht lieb ist, in unverblümtester Weise hören zu müssen, wie die Arbeiterschaft Ursachen, Stand und Folgeerscheinungen unserer derzeitigen Wirtschaftslage ansieht und welche Schlussfolgerungen sie daraus zieht. Unser Kollege Hemminger, dessen sich Herr Dr. Lemmer in seinem Bericht besonders annimmt, hatte durchaus recht, wenn er mit Nachdruck darauf hinwies, daß die Kartonnagenindustrie auf verdienen müsse, wenn die Zigaretten-, die Textil-, die Schuhindustrie glänzende Geschäfte machen. Der Kartonnagenindustrie muß es gut gehen, wenn die Industrien, die sich der Kartonnagen als Verpackungsmittel bedienen, die besten Konjunkturgewinne verzeichnen. Außerdem unterläßt es wertwürdigerweise Herr Dr. Lemmer, darauf zu verweisen, daß die von ihm in der Hauptsache kritisierten Redewendungen Hemmingers von diesem aus bürgerlichen Zeitungen oder aus Aufhebungen bürgerlicher Politiker usw. zitiert wurden. Nebenbei ist dabei, daß er sich den Kern dieser Zitate meistens zu eigen machte.

Weiter sagt Herr Dr. Lemmer: „Auf die Einwände, daß die gewaltigen Lohnerhöhungen die Inflation steigern müßte und daß selbst der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund einen solchen Prozeß für sehr schädlich hielte, konnten die Gewerkschaftsvertreter nur mit einem Achselzucken antworten, daß ihnen in der heutigen Lage nichts mehr anderes übrig bliebe, als hinter der Papiermarkt herzulaufen.“ Das ist, mit Verlaub, Herr Doktor, ebenfalls eine grundfalsche Sachdarstellung. Zunächst hält nicht nur der ADGB einen solchen Prozeß für sehr schädlich, sondern jeder muß das tun und tut es auch, der in volkswirtschaftlichen Dingen sich einigermaßen zurechtfindet. Aber — und da liegt der Kern der Sache — warum soll der Arbeiter und die Arbeiterin sich widerstandslos alle üblen Folgeerscheinungen der nicht von ihnen geschaffenen ungesunden Wirtschaft aufbürden lassen? Warum soll die Arbeiterschaft das zufriedene Element sein, das aus blanker Erkenntnis unserer kranken Volkswirtschaft auf ein menschenwürdiges Leben verzichtet, während ringsum der Leberfuß aller derjenigen zum Himmel stinkt, die das Richtstun zu ihrem Lebensberuf sich erkoren haben, während so viele sich auf Kosten der Arbeiterschaft ein angenehmes Leben schaffen und während auch — wir wiederholen das ausdrücklich — kein einziger Unterneh-

mer auf seinen Gewinn verzichtet, auch in unserer Industrie nicht? Aber Herr Dr. Lemmer zitiert auch nur, was ihm gefällt. Er verschweigt, daß auch der ADGB erklären mußte, daß der Arbeiterschaft nicht zugemutet werden dürfe, bewußt und ohne Gegenwehr immer tiefer ins Elend zu rutschen. Auch der ADGB hat erklärt, daß in der Jetztzeit Lohnbewegungen in viel größerem Ausmaß notwendig sind als früher. Herr Dr. Lemmer mag den Aufruf des ADGB in Nr. 33 der „Buchbinder-Zeitung“ nachlesen. Dort findet er, direkt anschließend an die Stelle, wo er aufhört, sich auf diesen Aufruf zu berufen, folgenden Satz:

„Solange jedoch . . . bleibt der Arbeiterschaft kein anderer Weg als der, durch ausreichende Lohnerhöhungen sich einen Ausgleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen. Der Arbeiter muß leben können, wenn er arbeiten soll. Deshalb hat jeder, der sein Interesse an der Erhaltung und Vermehrung der deutschen Arbeitskraft befunden will, die Pflicht, die Arbeiterschaft und ihre Organisationen bei der Eringung auskömmlicher Löhne tatkräftig zu unterstützen.“

Allerdings, dieser Satz paßt Herrn Dr. Lemmer nicht ins Konzept und deshalb ignoriert er ihn, unbekümmert darum, daß er den Aufruf des ADGB damit in das Gegenteil von dem verkehrt, was dieser belegen sollte. In dieser Art zu polemisieren, ist nicht klug. Und wenn sich Herr Dr. Lemmer darauf beruft, daß einzelne Industrien, die die Erzeugnisse unserer Branchen als Verpackungsmittel verbrauchen, in ihren tariflichen Minimallohnsätzen noch unter unseren Lohnsätzen zurückbleiben, dann vergißt er, was ihm ebenfalls deutlich genug gesagt worden ist, daß in anderen Berufen die Tariflöhne auch tatsächlich Minimallöhne sind, zu denen fast kein Mensch arbeitet. Bei uns aber stellen sie fast durchweg Maximalsätze dar, nachdem sogar von den Unternehmerorganisationen bei entsprechenden Anfragen mehrfach aufgefordert wurde, unter keinen Umständen über die tariflich festgelegten Lohnsätze hinauszugehen. Zwischen diesen beiden Methoden dürfte doch wohl ein Unterschied sein, der auch Herrn Dr. Lemmer in seiner Auswirkung nicht unbekannt sein wird.

Es ist und bleibt schon so, daß die Arbeiterschaft keinen anderen Weg gehen kann, als zum Ausgleich der Preissteigerungen mehr Lohn zu fordern. Der andere Weg, das Engerschnallen des bekannten Niemens, wird schon von selbst durch die Zugeschnittenheit der Unternehmer gewiesen. Aber das Sichwehren gegen Verelendung, das Aufbäumen gegen die weitere Verschlechterung ihrer Wirtschaftslage der Arbeiterschaft als „trauriges Zeichen“ zu deuten, als „mangelnde volkswirtschaftliche Einsicht in die großen Zusammenhänge“, als „Resignation über die Entwicklung unserer Wirtschaftsverhältnisse“, als „kurzsichtige Lohnpolitik der Arbeitnehmer“, als „Hinterherlaufen hinter der Papiermarkt“ und wie die von Herrn Dr. Lemmer gebrauchten Redewendungen alle heißen, kann zulezt doch nur derjenige, dem das dürftige Leben und die Not der Arbeiterschaft völlig fremd geblieben ist. Und das ist es gerade, was von den Vertretern der Arbeiterschaft stets so scharf in den Vordergrund gerückt wird trotz des Widerspruchs der Unternehmer: Die völlige Unkenntnis weiter Unternehmerkreise und deren Vertreter über die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft, das Nichtverstehen wollen dieser Notlage (trotz vorhandener Belegnisse: Wir wissen, daß es der Arbeiterschaft schlecht geht!), kurz: die mangelnde soziale Einsicht zeitigen solche Keuperungen, wie wir sie hier von Herrn Dr. Lemmer festhalten mußten. Ob sich wohl Herr Dr. Lemmer darüber klar ist, daß die Form seiner Berichterstattung das Verheerendste ist, was es geben kann? Nicht durch eine Verschönerung der Arbeiterschaft und deren Vertretung erleichtert man die nicht zu umgehenden dauernden Lohnverhandlungen, sondern durch weitest es Entgegenkommen bei deren Lohnforderungen. In diesem Sinne tätig zu sein, Herr Dr. Lemmer, bedeutet Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Wir müssen arbeiten, um aus dem volkswirtschaftlichen Chaos herauszukommen. Aber man gebe der Arbeiterschaft auch die Möglichkeit dazu in Gestalt ausreichender und befriedigender Entlohnung!

Zur Ortsklassenberatung in Eisenach.

In unserem Bericht in Nr. 43 der „Buchbinder-Zeitung“ über die Beratung der Anträge, die von unseren Mitgliedern auf Veretzung in eine höhere Ortsklasse gestellt waren, haben wir gesagt, daß es uns auch diesmal nicht möglich gewesen wäre, diejenigen Plätze zu verlegen, auf die es uns besonders ankam und von denen wir überzeugt seien, daß mit deren derzeitigen Einreichung den beteiligten Mitgliedern bitteres Unrecht angetan worden ist.

Dazu wollen wir heute nachträglich noch einige Ausführungen machen. Frankfurt a. M., Hamburg-Altona-Wandsbek befinden sich gegenwärtig in der Lohnklasse II. Unsere Mitglieder fordern Veretzung nach Lohnklasse I. Nichts erschien uns berechtigter, als gerade eine solche Forderung. Es ist allgemein bekannt, daß sowohl Frankfurt a. M. als auch Hamburg-Altona von jeher, auch schon in der Vorkriegszeit, solche Plätze waren, von denen man mit Recht sagen konnte, sie stehen in nichts der Stadt Berlin nach. In der Nachkriegszeit ist es nicht besser, sondern im Gegenteil noch viel ungünstiger als früher geworden. Ganz abgesehen davon, daß die übrige Arbeiterschaft jener Orte zu einem ganz wesentlichen Teil weit höhere Löhne bezieht als wie unsere Kollegen, muß doch auch zugegeben werden, daß das ganze Milieu, in dem die dortige Bevölkerung lebt, sich in rein gar nichts unterscheidet von demjenigen Berlins. In beiden Fällen waren wir in der Lage, eine ganze Reihe durchschlagender Argumente für eine Veretzung nach Klasse I anführen zu können. Wenn alle diese Argumente von Arbeitgeberseite dennoch in den Wind geschlagen wurden, so läßt sich das nur damit erklären, daß die Arbeitgeber eben befürchteten — was sie übrigens später auch zum Ausdruck brachten —, daß, wenn sie unseren Anträgen stattgeben würden, sie auch an anderen Plätzen unsere Forderung auf Veretzung nicht ablehnen könnten. Ähnlich wie die Dinge in Hamburg und Frankfurt am Main liegen, liegen sie auch in Leipzig, Stuttgart und München. Auch für diese Plätze ist von unserer Ortsklassenkommission mit Nachdruck hervorgehoben worden, daß eine Veretzung nach Ortsklasse I notwendig sei. Die Lebenshaltungskosten, die sich zusammensetzen aus dem Bedarf an Lebensmitteln, Kleidung, Wäsche und Schuhwerk, die notwendigen Ausgaben für Miete, Heizung, Beleuchtung, Fahrgehd zur Arbeitsstätte und vieles andere sind unzweifelhaft an allen Plätzen die gleich hohen und daher eine Einreichung aller dieser Städte in eine einheitliche Ortsklasse des Lohntarifs unzweifelhaft berechtigt.

Nur um wenig anders liegen die Dinge in bezug auf die Forderung unserer Mitglieder in Eßlingen, in Freiburg i. B., in Halle a. d. S., in Magdeburg, in Bielefeld und in Heidelberg. Diese Plätze hatten eine Veretzung nach Ortsklasse II beantragt. Die Argumente, die von unserer Ortsklassenkommission für die Veretzung dieser Plätze vorgetragen werden konnten, waren auch hier durchschlagender Natur. Abgesehen von den Mietspreisen, die vielleicht an dem einen oder dem anderen Orte um etwas geringer sein dürften als wie an den zuerst genannten Plätzen, muß doch zugegeben werden, daß die notwendigen Lebenshaltungskosten die gleich hohen sind. Ja, wenn man rein objektiv und nur von dem Standpunkt der Gerechtigkeit sich leiten lassen wollte, dann muß man schon zugeben, daß es eigentlich das richtigste wäre, diese und auch die erstgenannten Orte in eine einheitliche Lohnklasse zu setzen. Es dürfte den Arbeitgebern schwer fallen, den Nachweis dafür zu erbringen, daß beispielsweise ein Arbeiter oder eine Arbeiterin in Halle und in Magdeburg weniger Geld zum Lebensunterhalt gebraucht als wie in Leipzig. Wenn nun aber schon von unseren Mitgliedern nur Veretzung nach Ortsklasse II beantragt worden war, so waren diese Anträge unzweifelhaft durchaus bescheidene. Leider glaubten auch hier die Arbeitgeber unsere Anträge ablehnen zu müssen, wahrscheinlich aus denselben Motiven heraus wie in den erstgenannten Fällen.

Ähnlich erging es unserer Ortsklassenkommission bei ihren Anträgen auf Veretzung von Heilbronn, Görlitz, Wiegeln, Regensburg, Dessau und Neutlingen nach Ortsklasse III. Auch in dieser dritten Serie von Plätzen dürften die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung kaum niedriger sein als wie in den vorher genannten. Die Reichsindergelassen lassen wenigstens einen anderen Schluß nicht zu. Geringe Unterschiede,